

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Niedersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Seite 40 Pf.

Schriftleitung:

Berlin O., Niedersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 48.

Berlin, den 29. November 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Arbeitslosigkeit. — Zur Organisation der Steinarbeiter.
— Zu die christlich-nationalen Arbeiterschaft Berlin.
— Münchau: Arbeitslosenzählung in Berlin. Das Unglück auf
Nabob. Das schlechte Verhältnis zwischen Bergarbeitern und
Grubenbesitzern. Gutebergbund und Buchenauerkarif. Arbeiterrinnen
auf Bauten und Sozialdemokratie. — Wirtschaftliche Bewegung.
— Verbandsnachrichten: Andernach-Gieh. Bochum. Berlin.
Grafschaft Glad. Hagen i. W. Ibbenbüren. Köln. Neustadt.
Oberhausen. Essen. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeits-
stellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Arbeitslosigkeit.

II.

Schaffung von Arbeitsgelegenheit stellten wir im vorigen Artikel als erstes Erfordernis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf. Wir sind aber keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß in den Zeiten der Krise es beim besten Willen meist nicht möglich sein wird, allen Arbeitsuchenden ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Das Reich und die Einzelstaaten, auch die Gemeinden, können der Industrie doch auch nur insofern Aufträge erteilen, als sie wirtschaftlich sind. Umgewinnungsmöglichkeit muß unterbleiben. Auch Arbeitsgelegenheit in eigener Regie, z. B. durch Bau von Schiffen, Schaffung von Verkehrsmitteln aller Art, wie Eisenbahnen, Kanäle, Post und dergleichen, ferner durch gemeinsame Anlagen wie Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserversorgungen, Krankenhäuser, Schulen, Beamtenwohnungen usw., können die öffentlichen Körperchaften nur schaffen, soweit solche Errichtungen volkswirtschaftlich notwendig und nützlich sind. Denn auch die Unterhaltungs- und Betriebskosten öffentlicher Anlagen muss die Allgemeinheit tragen. Man kann auch nicht jedem Arbeiter jegliche Arbeit zumuten. Von einem Buchdrucker beispielsweise kann man nicht gut verlangen, schwere Tiefdruckarbeiten zu verrichten; einmal, weil dazu wohl meistens seine Kräfte nicht reichen, dann aber auch, weil dadurch in nicht seltenen Fällen einem solchen Arbeiter die Arbeitsgelegenheit im Buchdruckgewerbe versperrt würde. Es wäre menschlich verständlich, wenn einem Buchdrucker, der in arbeitsloser Zeit an einem Kanalbau beschäftigt war, bei der Umwandlung nach Arbeit in seinem Berufe bedeutet würde, sehr viel scheine als Fachmann mit ihm wohl nicht los zu sein. Wir sagen, das wäre menschlich verständlich, wenn auch nicht zu billigen. Man muß aber im Leben nun einmal mit dem Menschlichen rechnen.

Was soll denn aber mit jenen Arbeitslosen geschehen, denen keine Arbeitsgelegenheit zu beschaffen ist? Geforgt muß doch für sie werden.

Man wird uns vielleicht antworten: Woher haben wir denn unsere Armenengebung? Gewiß, jede Gemeinde ist verpflichtet, für ihre Angehörigen einzutreten, wenn denselben die Existenzmittel mangeln. Und hat einer keine armenseitliche Gemeindezugehörigkeit, was bei der stark fluktuierenden Bevölkerung vorkommen kann, dann hat nach dem Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz der erweiterte (Land-)Armenverband, das ist eine Provinz oder ein kleinerer Bundesstaat, für den Betreffenden Sorge zu tragen. Aber abgesehen von den großen Schwierigkeiten, die mit dem Bezug einer kümmerlichen Armenunterstützung verknüpft sind, kann und darf es der menschlichen Gesellschaft nicht gleichgültig sein, wie ihre Glieder die notwendigen Mittel zur Existenz erhalten. Eine Armenunterstützung überhaupt hat etwas Niederdrückendes für den Empfänger an sich, noch mehr aber für einen solchen, der arbeitsfähig und arbeitsfreudig ist. Manch edles Gemüt ist schon durch Armenunterstützung abgestumpft, mancher durch sie auf die Bahre des Verderbens gebracht worden. Etwas anderes ist es schon mit den Werken der menschlichen Liebe, die unter dem Mantel der Verschwiegenheit unter Rücksicht auf gartbesetzte Seelen wirken. Solche können oft wohltun und aufrichten. Au sie ist auch nicht der Verlust politischer Rechte geknüpft, wie an die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Schon um der schädlichen Folgen der Armenunterstützung willen sollte man ihr also so wenig wie möglich unterwerfen. Es gibt einen anderen Weg zur Fürsorge für die unverschuldeten Arbeitslosen, den man doch einmal beschreiten muß: die Arbeitslosenversicherung.

Wir erkennen durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, die der Lösung des Problems gegenüberstehen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr meinte allerdings in der Eröffnung des Reichstags vom 13. November d. J. in seiner Rede über die Arbeitsloseninterpellation, eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich ließe sich verhältnismäßig leicht machen; mit 20 Millionen pro Jahr kommt man aus, wenn man jedem Arbeitslophen 2 M. pro Tag zahle. Er stützte sich in seinen Be-

rechnungen auf die beiden vom Reich veranlaßten Arbeitslosenzählungen am 14. Juni und 2. Dezember 1895. So leicht wie Herr Molkenbuhr sich das vorstellt, ist die Sache denn doch nicht. Einmal sind 220 Millionen pro Jahr kein Pappenspiel, zumal wir am Vorabend der Einführung der Witwen- und Waiferversicherung stehen, die auch Geld kostet, dann aber auch — und das ist das wesentlichste — ist die Rechnung des Herrn Molkenbuhr eine rein willkürliche. Nur ein ganz naives Menschenkind nimmt eine nur zweimäßige in ein und demselben Jahre stattgefunden Zahlung der Arbeitslosen zur Berechnung des Bedarfs einer solchen Versicherung. Herr Molkenbuhr muß doch auch wissen, daß die beiden Zählungen von 1895 alleseits als höchst mangelhaft und somit unzuverlässig angesehen sind, daß sie, selbst wenn die beiden Zählungen durchaus einwandfreies Material geliefert hätten, doch keine Grundlage zur Berechnung der Durchschnittszahl der Arbeitslosen, nicht einmal für die kurze Zeitperiode eines Jahrzehnts, bilden. Und wie denkt sich Herr Molkenbuhr die Beseitigung der anderen Schwierigkeiten? Die 220 Millionen sollen, wie er in der angezogenen Rede sagt, je zu einem Drittel durch das Reich, die Unternehmer und die Arbeiter aufgebracht werden, Staat und Gemeinden sollen die Verwaltungskosten tragen. Soll nun für alle Arbeiter eine große Versicherungskasse für das ganze Reich gebildet, oder sollen sie nach kleineren Bundesstaaten und Provinzen, genau wie bei der Zivilisationsversicherung, oder nach Gemeinden zu Versicherungskassen zusammengefaßt werden? Niemand weiß, daß es Gewerbe gibt, die mit Arbeitslosigkeit in gewissem Umfang stets zu rechnen haben, wie Schneider, Bauhandwerker, kurz, das Saïongewerbe, während in der Tabak- und Textilindustrie, besonders im ersten Gewerbe die Arbeitslosigkeit viel seltener ist. Bei einer einzelnen Versicherungskasse für das ganze Reich oder begrenzte Gebiete würden die Arbeiter des Saïongewerbes bei ihrer öfteren Arbeitslosigkeit den überwältigenden Nutzen aus der Versicherung ziehen, der Tabakarbeiter bei seiner Arbeitslosigkeit aber fast nie etwas bekommen. Nun wird man vielleicht antworten: Wird der Tabakarbeiter nicht arbeitslos, so ist es seine Solidaritätspflicht, für seine der Arbeitslosigkeit öfter ausgesetzten Klassengenossen Opfer zu bringen. Gemach! Es gibt Tabakarbeiter massenhaft in Deutschland, die über 2 M. Tagesverdienst nicht hinauskommen, dafür arbeitet aber kein Schneider und Bauhandwerker, selbst wenn sein Jahresverdienst durch 300 Arbeitstage geteilt werden sollte. Und dazu soll der Arbeitslose nach dem Planen Molkenbuschs pro Tag 2 M. also den Lohn eines Tabakarbeiters, erhalten. Man sieht, eine einzelne Versicherungskasse für alle Arbeitergruppen wäre gegen die schlechtgelohnten und selten arbeitslos werdenden Arbeiter eine schwere Ungerechtigkeit. Gut, gliedern wir die Arbeitslosenkassen nach Berufen: für Bauhandwerker, Schneider, Kästner, Konfektionsarbeiter und so fort; dann kann sich niemand beklagen, für andere zahlen zu müssen; denn jeder Beruf trägt sein Versicherungsrisiko selbst.

Wie hoch sollten dann aber wohl die Beiträge der Bauhandwerker werden? Oder die der schlecht bezahlten Konfektionsarbeiter? Da in beiden Berufen mit viel Arbeitslosen zu rechnen ist! Von den Gewerkschaften des Saïongewerbes haben unseres Wissens nur die Zimmerer eine Arbeitslosenunterstützung. Warten wir mal ab, wie sie auskommen werden. Und selbst wenn es ihnen gelänge, ihre Arbeitslosenunterstützung aufrecht zu erhalten, so dürfen wir doch immer nicht vergessen, daß es nicht die schlechtesten Elemente sind, die Mitglieder der Berufsorganisationen werden. Einer allgemeinen beruflichen Zwangsarbeitslosenkasse würden aber auch die Berufsgenossen mit nicht sehr großem Pflichtbewußtsein angehören. Welche Schwierigkeiten türmen sich da schon auf, wenn die Frage der verschuldeten und unverschuldeten Arbeitslosigkeit entschieden werden soll. Lebhafte Fragen halten wir überhaupt für die schwierigste bei dem ganzen Versicherungsproblem. Gesezt einmal den Fall, die christlichen Arbeiter und auch die öffentliche Meinung wären fest überzeugt, daß die „freien“ Gewerkschaftler einen bestimmten Streit lediglich inszeniert hätten, um die christlichen Arbeiter von der Werkstätte zu drängen oder die christliche Organisation überhaupt fortzustreiken; sollten die arbeitslosen „freien“ Gewerkschaftler im Nachbarort Arbeitslosengeld erhalten trotz der Weigerung, bei der bestreikten Arbeitsstätte Arbeit anzunehmen?

Man sieht, daß die Frage der reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung noch nicht spruchfrei ist. Es muß ihr vorausgehen eine östere Arbeitslosenzählung durch das Reich, die Gemeinden, Gewerkschaften. Man sammelt dann Erfahrungen, wie die Zählung vorgenommen werden muß, um ein richtiges Bild der periodischen und durchschüttigen Arbeitslosigkeit innerhalb der gesamten Arbeiterschaft sowohl wie der einzelnen Berufe zu erhalten. Dann lassen sich Berechnungen für eine Versicherung verankern und Schlüsse über die Gestaltung der Versicherung ziehen.

Zwischen aber möge man in den einzelnen Gemeinden zwecks Gründung kommunaler Arbeitslosenkassen wirken. Die Stadt Straßburg gibt seit Jahr und Tag den Gewerkschaften mit Arbeitslosenversicherung einen Zuschuß zu jeder Unterstützung an ihre arbeitslosen Mitglieder. Neben den Begriff „verschuldet oder unverschuldet Arbeitslosigkeit“ verständigen sich Stadtverwaltung und Gewerkschaftsleitungen in vertraulichster ruhiger Aussprache. Sollte mal keine Einigung zustande kommen, so stellt die Stadt die Zahlung des Zuschusses in dem Falle ein. Wie aber der Beigeordnete der Stadt Straßburg, Herr Dominiens, der die Zuschuldnahme Straßburgs angeregt hat, mitteilt, ist zwischen der Stadt und den Gewerkschaftsleitungen bis jetzt noch kein Streit über den Begriff der unverschuldeten Arbeitslosigkeit — denn nur unverschuldet Arbeitslose bekommen selbstverständlich eine Unterstützung — entstanden. Ferner sollten die Gewerkschaften, soweit eben möglich, Arbeitslosenunterstützung, mit entsprechendem Beitrage allerdings einführen. Im Baugewerbe wird man natürlich erst die Erfahrungen des „freien“ Zimmererverbandes abwarten, und dann schriftweise vorgehen müssen. Kommunale und gewirtschaftliche Arbeitslosenunterstützung wirken anregend für das Reich zu einer reichsgesetzlichen Versicherung, welcher die Erfahrungen der Gemeinden und der Gewerkschaften vorausgehen müssen.

Nicht zuletzt muß einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung die Regelung des Arbeitsnachweiszwecks vorausgehen. Die Arbeitsnachweise müssen für das ganze Reich durchgeführt und miteinander verbunden, sie müssen paritätisch gestaltet und den Parteidämpfen entzückt werden. Denn es ist im höchsten Grade unsittlich, den Arbeitsnachweis zur Bekämpfung und Unterdrückung anderer zu benutzen. Durch einen gut funktionierenden Arbeitsnachweis ließe sich die Arbeitslosigkeit überhaupt verhindern und die unverschuldeten Arbeitslosigkeit am besten feststellen.

Sollen wir aber zu einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung als das Endziel auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge kommen, dann muß die deutsche Reichsregierung etwas mehr Initiative entfalten, vor allem auf dem Gebiete der Arbeitslosenstatistik. Mit Wenn und Wer ist den Arbeitslosen nicht geholfen. Das muß sich auch der neue Herr im Reichsantritt des Januari, v. Bethmann-Hollweg, sagen, der gar der Arbeitslosenstatistik so skeptisch gegenübersteht.

Zur Organisation der Steinarbeiter.

Die Frage, in welchem Verbande die Steinarbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung sich am zweckmäßigsten organisieren sollen, beschäftigte schon mehrfach die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften. Der Organisationsgedanke regte sich unter den Steinarbeitern ebenso früh, wie unter den übrigen christlichen Arbeitern. Schon im Jahre 1899 konstituierte sich ein Berufsverein christlicher Steinarbeiter mit dem Sitz in Bonn am Rhein, der sich indes bald wieder auf löste. Die christlichen Steinarbeiter am Rhein traten dann dem Gewerksverein der Berg-, Eisen- und Metallarbeiter (Sitz Eisfeld) bei, der 1901 im Binger Bezirk für die Steinarbeiter bereits einen umfangreichen und hartnäckigen Streit führte. Die Steinarbeiter der Oberpfalz schlossen sich ebenfalls schon frühzeitig in Bezirksorganisationen zusammen und traten neben den Oberpfälzer Glasarbeiterorganisationen dem bairischen Landeskartell bei. Ende 1902 versuchte der verstorbene Kollege Braun (München), der selbst Steinmeier war, auf einer Konferenz in Würzburg wieder die Gründung eines eigenen Steinarbeiterverbands in die Wege zu leiten. Als auch dieser Gründungsversuch missglückte, traten die christlich gesinnten Steinarbeiter in den verschiedenen Bezirken Deutschlands den christlichen Organisationen bei, die sie in ihrem Bezirk zufällig vorhanden. So in Bayern dem Verbande der Hirsch- und Transportarbeiter, im bergischen Gebiet dem Gewerksverein der Bergarbeiter, am Rhein dem Verbande der Keramiker, im Nächener Bezirk dem Verbande der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Diese Verzweigung konnte keinesfalls von Dauer sein. Zur Klärung der Frage verließ am Ostermontag 1906 der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Konferenz aller interessierten Verbandsvorstände, sowie Vertreter der Steinarbeiter nach Frankfurt a. M. ein. Diese Konferenz entschied sich dahin, daß die bereits organisierten Steinarbeiter in den Verbänden, denen sie zugehörten, verbleiben könnten, daß aber deren künftiger Sammelpunkt der Verband der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter sein sollte. Der bezügliche Beschuß ließ den einzelnen Verbänden einen etwas breiten Spielraum, wodurch bis heute die ersehnte Einheitlichkeit noch nicht herbeigeführt wurde. Zwischen den verschiedenen Organisationen etwa 5-6000 Steinarbeiter zusammengekommen. Zur nunmehrigen endgültigen Regelung der Frage fand Sonntag, den 15. November, in Frankfurt a. M. eine erneute Konferenz statt, die von den Interessenten gut besucht war. Einberufen war die Konferenz wieder durch

den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, den Kollegen Stegerwald (Köln) vertrat. Der Verband der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter war vertreten durch Kollegen Becker (Berlin), der Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter durch Kollegen Geis (München) und der Zentralverband der Keramikarbeiter durch dessen Vorstande Lechner (Köln). Ferner waren über 20 Steinarbeitervertreter aus den verschiedensten Verbänden und Bezirken Deutschlands anwesend. Stegerwald gab einleitend die Grundeckung, die die heutige erneute Konferenz notwendig machten. Nun könne man sich nicht mehr mit Halbschäften begnügen. Die Steinarbeiterfrage drängt innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Einheitslichkeit. Weil diese in den letzten Jahren in so geringem Maße geführt worden sei, habe sich des Bauhandwerker- und Bauhilsarbeiterverbundes eine Zusatzfunktion bemächtigt. Der letztere Verband sei bereit, wenn sich heute eine befriedigende Regelung finden lasse, seine Steinarbeitermitglieder an einen neu zu gründenden oder aber auch an einen anderen Verband abzutreten; was er aber kategorisch fordere, sei Einheitslichkeit. Alsdann erstattete Kollege Brendel (Frankfurt a. M.) an Hand des letzten Berichtes der Zusammensetzung für Steine und Erdarbeiten ein ausführliches Referat über die sechsjährige Entwicklung und Aussichten der Steinindustrie. Redner legte dar, auf welche Berufszweige der Steinindustrie die Mehrzahl der Arbeiter entfallen, und erläuterte der Konferenz, entweder sich für einen selbständigen Verband, der die Natur- und Kunzsteinindustrie umfasste, auszusprechen, oder aber für eine Zusammensetzung der Keramik- und Steinarbeiter. Der Vertreter der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter, Kollege Geis (München), ergänzte die Ausführungen des Vorredners und teilte mit, daß sofern die Steinarbeiter den von ihm vertretenen Verband als einheitlichen Sammelpunkt wählen, der Verbandsvorstand eine eigene Steinarbeiterabteilung dem Organ beifügen werde. Zur Diskussion, an der sich mehr als 20 Redner, darunter auch der Vertreter des Bauhandwerker- und Bauhilsarbeiterverbundes, Kollege Becker (Berlin), mehrfach beteiligten, wurden die verschiedenen Auffassungen vertreten. Zum Schluß einige man mit großer Mehrheit auf folgende Resolution:

Die Konferenz beschließt:

Von der Errichtung eines besonderen Steinarbeiterverbands ist abzusehen. Die Keramikarbeiter allein bilden nicht die Grundlage zu einer leistungsfähigen Organisation; die Kunzsteinindustrie ist in vielen Zweigen sehr eng mit der Keramikindustrie verbunden. Das Betreiben innerhalb der christlichen Gewerkschaften muß dahin gehen, möglichst leistungsfähige Organisationen zu schaffen.

Es empfiehlt sich, den Keramikarbeiterverband in einer, den Steinarbeitern zugesagenden Weise umzuformen unter dem Titel: „Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter“. Ebenso soll der Titel des Verbandsorgans in „Keramik- und Steinarbeiterzeitung“ umgewandelt werden.“

Zur Steinindustrie gehörig sind alle Arbeiter zu betrachten, die in Steinbrüchen, Schleifsteinmühlen, Steinbauten, Schleifereien und Sägereien beschäftigt sind. Ferner alle, die in der Kunzsteinindustrie tätig sind, soweit die Produkte sowohl der Natur- und Kunzsteinindustrie im Hoch-, Tief- und Straßenbau Verwendung finden und soweit die Denimabranche in Betracht kommt.

Ausgeschlossen bleiben von dem Agitationsgebiet des Keramikarbeiterverbands die Lithographenstein-, Zement-, Kalk-, Kreide-, Gips- und Schieferindustrie, soweit die Gewinnung des Rohmaterials und die Herstellung des eigentlichen Rohstoffabfalls in Frage kommt, sowie Kies- und Sandgruben, soweit sie nicht als direkte, im engeren Betriebsraum liegender Bestandteil einer Kunzsteinfabrik in Betracht kommen; dann Backsteinen auf Sand und Kies, Mörtelsabfälle und Bernstein. Die in diesen Industriezweigen beschäftigten Arbeiterguppen sind Agitionsgebiet des Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter.

Diesen Arbeiter, die periodisch in der Steinindustrie arbeiten und in der chemischen Industrie, als Walzarbeiter und in sonstigen Betrieben, die dem Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter als Agitionsgebiet zugeschlagen, andererseits beschäftigt werden, sind als Doppelmitgliedschaft des letzteren Verbands zu betreuen.

Damit dürfte endlich die Steinarbeiterfrage innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung im reinen sein. Auf die Einzelheiten der Übertrittsbedingungen kommen wir wohl des näheren zurück.

An die christlich-nationale Arbeiterchaft Berlins.

Am Sonntag, den 29. November 1908 findet die Gewerbege richtswahl für Berlin statt. Zum erstenmal wird nach dem System der

Berührungswahl

gewählt und in dem mit der Eintritt der nationalsozialdemokratischen Arbeiterschaft in das christliche Gewerbegericht garantiert. Seitdem wurde darüber von den Sozialdemokraten oft sehr beharrlich und haben sie sich gegen die Einführung der Berührungswohl ausgedrückt.

Der hohe Wert der Gewerbegerichts ist der Arbeiterschaft bekannt. Sie erhofft in ihnen das

Ideal der Rechte;

Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirken in ihnen gleichberechtigt schiedenheitlich an der Rechtsprechung. Der soziale Gedanke ist in den Gewerbegerichten in pragmatischer Weise zum Ausdruck gebracht.

Rechte und billige Rechtsprechung durch selbstverwahlt Richter

unter einem unparteiischen Vorsitzenden. Gleich hoch ist ihre Bedeutung als

soziale Gewerbegerichte.

Die Wiederholung bei Zusammensetzung der Berührungswohl und dergl. Graben darf sie in dieser Richtung

im Laufe dieses Jahres in den großen Tarifberatungen der Bau handwerker, Maler, Holzarbeiter u. s. w. hervortreten.

Nicht minder können die Gewerbegerichte auf

tätig sein. Unsere Arbeiterschutzgesetzgebung befindet sich in ständiger Umbildung, neue Aufgaben treten in den Kommunen und anderen Behörden an uns heran. Eine wirklich sachverständige Instanz, wie das die Gewerbegerichte sind, ist ge eignet.

Während im Interesse der Arbeiter zu wirken. Das ist auch seither geschehen.

Zur richtigen Sachverwaltung gehören jedoch auch die geeigneten Männer,

die imstande sind, den wirklichen Interessen der Arbeiter zu dienen, und etwaige

gesunden Fortschritt

in dem Ausbau der Gewerbegerichte zum Siege zu verhelfen.

Die christlich-nationale Arbeiterchaft Berlins, wie sie in dem Ausschuß für soziale Wahlen vereinigt ist, erblickt diese Männer in den von ihr aufgestellten Kandidaten, die jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig sind, und somit die beste Garantie für eine tüchtige und richtige Vertretung bieten. Ohne die seitherigen sozialdemokratischen Vertreter in ihrer Tätigkeit angreifen zu wollen, da wir von ihnen annehmen, daß sie noch besten können und wissen gehandelt haben, können wir sie doch nicht als die geeigneten Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter anerkennen.

Der Unterschied in der prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen uns und ihnen ist so tief und allgemein bekannt, daß er das vollauf erklärt, ohne daß wir näher darauf einzugehen brauchen. Die

Behandlung von Arbeitstariffragen

in den Gewerbegerichten erfordert aber auch dringend die Mitwirkung der christlich-nationalen Arbeiter da die sozialdemokratischen Gewerbegerichtsscheisser als Angehörige der „Freien“ Gewerkschaften einseitig Partei sind.

Christlich-nationale Arbeiter, wen wählen wir also?

Wir wählen die Liste des Ausschusses für soziale Wahlen, und das ist, was wir genau beobachten müssen.

die Liste IV (christlich-nationale Arbeiter).

Alle übrigen Listen kommen für uns nicht in Betracht. Liste I ist die der Sozialdemokraten, Liste II die des sozialdemokratischen Quersolanten Wiesenthal (Metall-Arbeiter), Liste III die der Hirsch-Dunker und Liste V die der technisch-industriellen Beamten mit weniger als 2000 M. Gehalt. Weiset alle diese Listen weit von euch, sie dienen eurem Interesse nicht.

Wer ist wahlberechtigt?

Jeder 25-jährige Arbeiter, der in Berlin wohnt oder beschäftigt ist. Die außerhalb Berlins Wohnenden wählen in dem Bezirk, wo sie in Berlin beschäftigt sind.

Die Wahl findet statt am Sonntag, den 29. November, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.

Christlich-nationale Arbeiter! Der Wahlkampf wird ein schwerer werden. Die Gegner bieten alles auf, um uns niederguzwingen. Sie scheuen selbst

Lüge und Verleumdung

nicht. So schrieb ein sozialdemokratisches Flugblatt, die christlichen Gewerkschaften wirkten nur auf religiösem Gebiet, hätten also wenig oder nichts mit Lohnkämpfen zu tun. Das sagt man zu sagen von der

zweistärksten Arbeiterorganisation Deutschlands,

den christlichen Gewerkschaften mit nahezu

400 000 Mitgliedern

und der über eine Million zählenden, im deutschen Arbeitertum größtenteils vereinigten christlich-nationalen Arbeiterschaft. Das sagt man von den christlichen Gewerkschaften zu sagen, die alle namhaftesten Tarifverträge

mit haben erkämpfen helfen. Was soll unsere Antwort hierauf sein, christlich-nationale Arbeiter?

Nieder mit diesen Verleumdeuren.

Gebt ihnen die Antwort durch euren Stimmzettel, die Liste IV.

Auf die Schanzen, christlich-nationale Arbeiter!

Eure Stimmen werden gezählt, und davon hängt der Erfolg, aber auch unsere Ehre ab. Keine seiner zurück, auch der letzte Mann muß an die Wahlurne gebracht werden.

Auf zum Kampf und Sieg!

Rundschau.

Arbeitslosenzählung in Berlin. Eine Zählung der Arbeitslosen, die am Dienstag, den 17. November, in Groß-Berlin in 229 Bäßtellen stattfand, gestaltete sich in den ersten Stunden etwas schleppend. Die Zahl der Arbeitslosen ist im allgemeinen geringer, als sie bei der Zählung war, die im vergangenen Jahre von den Gewerkschaften vorgenommen wurde. In der Stadt Berlin wurden insgesamt 29 123 Arbeitslose, und zwar 27 892 männliche und 1231 weibliche gezählt. Bei der Arbeitslosenzählung in Schöneberg meldeten sich 937 Personen als Arbeitslose, 308 Männer und 29 Frauen. Unter den Männern waren 46 Einjährige von 21 Jahren, Alters- oder Unfallaltären. Von den insgesamt 937 Arbeitslosen wohnten 891 in Schöneberg. Weitere Resultate sind: Köpenick 368 männliche, 24 weibliche, Britz 94 männliche, 8 weibliche, Friedenau 88 männliche, 1 weibliche, Lichtenberg 3 männliche, Rosenthal 36 männliche, Rosenthal 30 männliche, 2 weibliche; Reinickendorf 194 männliche, 4 weibliche; Pankow 949 männliche, 32 weibliche Arbeitslose. Ferner interessieren noch folgende amtliche Resultate die in Klammern beigegebenen Ziffern beziehen sich auf die weiblichen Arbeitslosen: Charlottenburg 127 (78), Wilmersdorf 308 (10), Siegburg 344 (219), Pankow 272 (6), Tegel 124 (7), Tempelhof 82 (—), Mariendorf 142 (6), Wittenberg 111 (21), Ober-Schöneweide 178 (10), Adlershof 172 (3), Neukölln 663 (35), Treptow 114 (4), Nieder-Schöneweide 79 (5), Spandau 31 (2), Pankow 73 (1). In den Vororten allein wurden 10 516 männliche und 483 weibliche Arbeitslose gezählt. Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin beträgt zusammen 40 124 Personen.

Das Misstrauen auf Radbod. Wie nunmehr feststeht, waren in der Radbod-Zeitung 380 Arbeiter und 168 Beamte angeführt. Davon sind 141, 26 vertrieben. Unter den Toten sind 260 Deutsche und 31 Ausländer. Unter den Toten sind zwei Kollegen aus, Mitglieder unseres Verbandes, ihr Leben bei der Katastrophen lassen müssen. Ein Kollege wurde bereits beerdigt, andere liegt bei seinen Kameraden noch in der Grube, dieständig unter Wasser gesetzt wurde. Neben die eigentlichen Sachen des schrecklichen Unglücks gehen die widerstreitenden Gerüchte ein. Auch die Interpellation im Preußischen Landtag hat sehr wenig Klärheit geschaffen. Nur in dem einen Punkt besteht „Klarheit“, daß die Regierungen sich jetzt nicht zur Schaffung eines Reichsbergbaugesetzes herbeileiten wollen. Seinen ganzen Widerstand gegen Arbeiterkontrolle heißt preußische Minister Delbrück doch nicht mehr aufrecht. Sollen Vertrauensleute aus den Arbeiterausschüssen geworden. Im übrigen waren es die alten Mittel, mit denen die Arbeiterkontrolle bekämpft wurden, wie kennen sie, die gleichen sind, die gegen unsere eigenen Forderungen im Gewerbe gebracht werden. Allerdings tritt das tiefe Misstrauen den Opfern der Katastrophe und deren Angehörigen, Witwen und ca. 800 Kinder, zutage. Zahlreiche Sammlungen sind veranstaltet, und eine große Zahl Städte haben namhafte Summen bewilligt. Darin offenbart sich wieder deutscher Optimismus vom Unglück Verfolgte.

Anscheinend hieran geben wir eine Übersicht, die wir „Vorwärts“ entnehmen, über die Massenmorde der letzten Jahrzehnte:

Jahr	Name der Grube	Tote
1869	Neu-Jägerlohn	81
1878	Burgler Schächte	269
1879	Brüderberg-Schächte	33
1881	Luise Tieftaub	89
1885	Camphausen	17
1893	Kaisersruh	181
	General Blumenthal	63
1895	Prinz von Preußen	20
1896	Melophasgrube	37
1897	Kaisersruh II	30
1898	Hollern	20
"	Karolinengrub	45
1901	König Ludwig	10
1907	Konsolidation	18
	Reeden	148

Das sind furchtbare Zahlen, die jetzt durch das Radbodenunglück noch übertrroffen worden sind.

* * *

Das schlechte Verhältnis zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern. In einem Nachwort zu der Radboden-Katastrophe kommt der Korrespondent der Frankf. Rtg. auch auf das schlechte Verhältnis zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern hin. Er sagt, daß das schlimmste nicht mehr werden kann, es ist, und daß hier fast jeder rein menschliche Zusammenhang zerstört ist. Es sei der latente Kriegszustand. Wie das ändern Sie müssen zusammengebracht werden, d. h. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sagt er, aber wie? Und da kommt er auf das zerstörte Arbeitersystem in Deutschland, der er die einzige politische gegenüberstellt, mit dem Resultat: „So lange die beiden großen Gewerbevereine sich aus politischen Wünschen in diesem Radikalismus gegenseitig übertröten müssen, ist nicht daran zu denken“. Unserer Meinung nach trifft das nicht das richtige, wenigstens was die christliche Seite angeht nicht. Die Hauptursache sind und bleiben die Grubenbesitzer, und zwar solange, als sie auf ihrem Standpunkt „Wir verhandeln nicht mit den Arbeitern, bestehen bleiben“. Diese hartherzig, prozessuale und rücksichtslose Haltung der Grubenbesitzer, das ist der wahre Grund des schlechten Verhältnisses zwischen ihnen und den Bergarbeitern.

Es mag ja zugegeben werden, daß die gegenseitige Misstrauenszeit zeitigt, das besser unterbleibt, und eine erhöhte Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach sich ziehen kann. Die Auflistung extremer Forderungen seitens einer Partei kann aber auch das gerade Gegenteil zeitigen, da sie von der anderen, der gemäßigten Seite, für etwaige ungünstige Folgen verantwortlich gemacht wird. Im Moment des gegenwärtigen Verhandlungs zwischen Arbeitgeber und -nehmer wird allen verantwortigen Machinationen der Boden entzogen. Damit beginnt die wirkliche praktische Tätigkeit der Organisation die vielleicht gerade infolge der Haltung der Arbeitgeber ihre Hauptaufgabe vorher in agitatorischer Wirklichkeit sehen mußte. Im Falle des Verhandlung aber streicht jeder übertriebene Radikalismus die Segel. Wir reben da aus Erfahrung. Ohne Zweifel hat der Kampf der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände seit der Zeit, wo die Arbeitgeber im Baugewerbe allgemein verhandeln, gegen uns eine andere Wendung angenommen. Das Geschrei von den „christlichen Feindseltern“ und „Arbeiterverrättern“ hat merklich abgenommen. Damit hat der Kampf nicht aufgehört, aber er hat andere Formen angenommen von oben, angenommen. Das gemeinsame Verhandeln hat auch der persönlichen Uchtung geboten. Ob freilich mit einem Ehe möglich wäre, das beweist nicht. Dieser Mann lebt quasi von Stahl und der persönlichen Verdächtigung, und auf sein Konto stehen wir vorwiegend das Verhältnis zwischen Bergarbeiterverband und Gewerkschaft. Letzten Endes trägt die Sozialdemokratie die Schuld an der Zersetzung der deutschen Arbeiterschaft mit ihren häflichen Begleiterscheinungen, da sie die sozialistische und atheistische Agitation in die Gewerkschaften hineingetragen hat.

Gutenbergbund und Buchdruckerarist. Dem „freien“ Buchdruckerverband ist der Anschluß des Gutenbergbundes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aus verschiedenste Gründen sehr uneben. Auch wegen einer Teilnahme an dem im Buchdruckergewerbe bestehenden Tarifvertrag, wo er sich gegen das Tarifmonopol sichern möchte. Zu diesem Zwecke hat er den Gutenbergbund nach alten Regeln der Kunst verdächtigt, ihn als nichtvertragfähig bei den Arbeitgebern zu benennen. Er hat teilweise damit Glück gehabt. Nunmehr veröffentlicht der Gutenbergbund einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1907 bis 1908 für die Ein- und Umtarifierung des Tariffs der deutschen Buchdrucker. Nach diesem Bericht führt der Bund in 41 Ortschaften ein, teilweise unter Arbeitseinstellung, die über 2000 M. Kosten verursachte. Die Mitglieder des Bundes stehen nunmehr zu 94 Prozent in tarifierten Unternehmen. Solche, die sich den tariflichen Bestimmungen nicht fügen, erfüllen den Ausschluß. Auch in vermögensrechtlicher Beziehung ist der Bund in der Lage, den aus dem Tarifvertrag entspringenden materiellen Verpflichtungen nachzulösen, da er ein Vermögen von über 100 000 M. besitzt. Daraus geht hervor, daß der Gutenbergbund voll und ganz an dem Boden des Tarifvertrages steht, und ist ihm nur beizupflichten, wenn er am Schlusse seines Berichtes sagt:

Der Gutenberg-Bund ist somit eifrig und mit Erfolg bestrebt, den ihm aus der Tarifgemeinschaft erwachsenen Pflichten nachzufordnen. Damit muß sich natürgemäß als notwendiges

den Bunde angesehen werden. Die Anklagen lassen jede Objektivität und überhaupt den Willen zur objektiven Beurteilung des Vertrages vermissen. Wir hoffen zuversichtlich, im Vertrauen auf Gerechtigkeitsinn der in Betracht kommenden Instanzen, in dem Bunde innerhalb der Tarifgemeinschaft sein Recht geltend wird. Der Ausbreitung des Tarifgebundens im Gewerbe und dies nur förderlich sein.

Arbeiterinnen auf Bauten und Sozialdemokratie. Wir schreiten, fützlich über die ablehnende Stellungnahme des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Stadthagen in der Werbebeurteilungskommission gegenüber dem Verbot der Frauenarbeit auf Bauten. In der gleichen Frage schreibt die sozialdemokratische "Leipziger Volkszeitung" vom 13. November: „Zur Frage der Beschäftigung von Frauen auf Bauten will die bayerische Regierung durch überpolizeiliche Befehlschreitungen die ablehnende Stellung nehmen. Es sind Gutachten von den Gewerbeinspektoren eingeholt worden, die sich bis auf einen für die Einschränkung der Frauenarbeit auf Bauten erklärt haben. Ferner hat der Obermedizinalrat Grässer ein Gutachten abgegeben, worin er erklärt, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Baugewerbe mit Trägen schwerer Lasten, wie Mörte, Stuck, Stein, Wasser usw. die Gesundheit der betreffenden Arbeiterinnen gefährde und daher ein Verbot dieser Arbeiten für sie angebracht sei. Er sagt u. a.: „Personen weiblichen Geschlechts verfügen im allgemeinen über geringere Muskelkraft als Männer und kommen daher bei Leistung schwerer Arbeit in die Gefahr der Überanstrengung, ihr Verdienst durch solche Arbeit ist verhältnismäßig gering, reicht zu einer entsprechenden Ernährung nicht aus und bedingt die Gefahr der Unterernährung.“ Die Fabrikinspektoren konstatieren im allgemeinen eine bedeutende Abnahme der Frauenarbeit seit der Erhebung von 1900. Damals waren 74 610 Männer und 1882 Frauen auf Bauten beschäftigt; durch die Erhebung von 1907 wurden 86 493 Männer und 1236 Frauen, die auf Bauten beschäftigt sind, ermittelt. Während also die Zahl der männlichen um 11 883 zugenommen hat, hat die der weiblichen um 597 abgenommen. Im Bezirk Mittelfranken aber wurde in den Städten Nürnberg und Fürth eine erhebliche Zunahme der Frauenarbeit auf Bauten konstatiert. Die beiden Städte beschäftigen allein 58 Prozent der Bauarbeiterinnen des gesamten Bezirks. Die Frage der Einschränkung der Frauenarbeit wird demnächst auch die Zentralstelle für Handel, Gewerbe und Industrie beschäftigen.“ Die bayerischen Gewerbeinspektoren stellen damit dem „Arbeitsvertreter“ Stadthagen kein gutes Zeugnis aus. Nach dem Urteil der Sozialdemokratie über betreibende bürgerliche Regierungen und Sozialpolitiker Sozialpolitik nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Jensen in Benrath b. Düsseldorf, der Diakonissenanstalt in Hilden, Firma Müller, die Firma Bellner in Castrop, die Firma Börs in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhalts des Tarifvertrages. Helgoland, Sperrung über die Firma Düren in Gödesberg a. Rh., Landeshut, Sperrung über die Firma einer Langfuhr-Danzig. Sperrung über die Firma Janzen in Zug ist festzuhalten.

Bezirk Dresden.

Landschut. Nach Aufhebung der Sperrung bei der Firma einer hat uns der Arbeitgeber-Verband Landeshut-Borsigheim mit einem neuen Vertrag befreit, der am 1. Oktober mit 2 Pf. Lohnabzug in Kraft treten soll. Ihr Begleitschreiben heißt es:

„Mit dem 1. Oktober tritt ein neuer Tarifvertrag in Kraft.“

Wir übersenden Ihnen einen solchen, und wollen Sie denselben mit Ihrer Unterschrift versehen, baldigst wieder nach hier zurücksenden. Ein gleichlautendes Exemplar wird Ihnen demnächst im Falle Ihres Einverständnisses zugehen.“ Richtungsvoll Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Kreise Landeshut, Borsigheim.

Der Vorsitzende: G. Anders. Der Schriftführer: Wölz.“ Daß die Arbeitgeber jetzt auf einmal so schnell kommen und solchen Verträge abschließen, sollte eigentlich verwundern. Früher haben sie es immer abgelehnt. Dasselbe werden wir jetzt tun, wenn ein Vertrag mit Lohnabzug kann unsere Unterschrift nicht erhalten. Außerdem sollten auch die Arbeitgeber in Landeshut wissen, daß zum Abschließen von Verträgen auch Verhandlungen beider Parteien gehören. Wir haben dem Arbeitgeberverband eine diesbezügliche Antwort zugehen lassen. Hoffentlich kommt er jetzt einen anderen Standpunkt ein, wie in 1908. Vor mir liegt ein Schreiben, wo es u. a. heißt, daß „in der 4. März 1908 stattgefundenen Generalversammlung beschlossen wurde, den von uns eingetretene Vertrag in allen Punkten abzulehnen.“ — Die Kollegen von Landeshut und Umgebung mögen aus dem Vorgehen der Arbeitgeber ihre Lehre ziehen und von jetzt an rüdig am Posten sein.

Bezirk Danzig.

Danzig. Der Dachdeckerstreit ist am 7. November seitens eures Verbandes aufgehoben worden. Auf einen vollen Erfolg konnte nicht mehr gerechnet werden, da die Dachdecker aus der Provinz für die Danziger Meister die Arbeit herstellten. Auch hatten unsere Kollegen erfahren, daß von den roten Dachdeckern die meisten sich zum 9. bei ihren alten Firmen zur Arbeit aufgehalten hatten, auch einem Teil die Einstellung zugesichert worden ist. Unter solchen Umständen sahen sich unsere Kollegen gezwungen, sich ebenfalls ihre alte Arbeit zu sichern, und sind derselben auch alle am 9. in Arbeit getreten. Als ganz verloren für den Streit nicht bezeichnet werden, da, nachdem vom christlichen Verband ein Paragraph voran für Altersschwache, Jungfräule, Junggesellen der Lohn nach Vereinbarung zu zahlen ist, angefügt wurde, zwei Firmen den Tarif voll anerkennen und unterschrieben haben. Hoffentlich gelingt es nun auch, daß nächstes Jahr die anderen Firmen folgen. Ihre christlichen Dachdecker, sorgt daher für Stärkung eures Verbandes!

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Verkündnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachberichts. Kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Andernach-Eich, den 8. November. Hier stand heute die Verwaltungssitzung statt. Die Versammlung war einheitlich, um Aufklärung über die Durchführung des Tarifvertrages zu geben. Einleitend wußt Kollege Lange darauf hin, daß die Versammlung den praktischen Zweck haben sollte, indem eine Aussprache der Kollegen über die Erfahrungen im Tarifvertrags erfolgen müsse. Es habe sich herausgestellt, daß diese gegen eine trümmelige Auffassung über die Art der Durchführung des Tarifvertrages hätten. Man glaube, nur der

Bezirksleiter und der Kassierer in Andernach hätten die Aufgabe, die Verträge gegen den Tarif zu regeln. Diese Meinung sei durchaus falsch. Für die Durchführung des Tarifes, habe zunächst einmal jedes Mitglied selbst die Pflicht einzutreten. Wenn ein Kollege sich benachteiligt glaubt, oder wenn bei ihm gegen den Tarif verstoßen wird, dann hat der Kollege zunächst selbst mit dem Arbeitgeber Rücksprache zu nehmen, welches in ruhiger Form geschehen kann. Gelingt es dann dem Kollegen nicht, sein ihm tariflich zustehende Rechte zu erlangen, dann meldet er dieses dem Vorstande seiner Zahlstelle. Der Vorstande hat die Angelegenheit näher zu untersuchen, und dann dem Bezirksleiter den Sachverhalt und was bereits in der Sache getan ist, eilig mitzuteilen. Dann wird der Bezirksleiter schon tun, was möglich ist, damit den Kollegen ihr Recht wird. Wenn aber bei kleinen Unfällen der Verbandsvertreter sofort beim Unternehmer erscheint, dann heißt es, warum kann man mir denn das nicht selbst sagen, vertrauen mir denn meine Leute gar nicht mehr, usw. Es ist ja erschärflich, daß es den Unternehmern unangenehm ist, wenn um kleineren Discrepanzen sofort ein Verbandsvertreter erscheint. Auch sei es nicht richtig, den Kassierer in Andernach für die Durchführung des Tarifes verantwortlich zu machen. Kollege Lange erwähnte dann das Vorstelligenwerden beim Unternehmer Mandt. Einem Kollegen habe ja Herr Mandt den Tariflohn nachgezahlt. Im anderen Falle habe eine Verständigung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit sei er (Kollege Lange) daran erinnert worden, daß die Kommissionsmitglieder bei den Tarifverhandlungen im vorigen Jahre erklärt hätten, daß, wenn der Lohn eine Steigerung erfahre, sich auch die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter heben würde. Dieses habe sich nicht im geringsten bewahrheit. Wenn keine Kontrolle ausgeübt würde, vernachlässigen viele ihre Pflichten. Er (Lange) habe erklärt, er wolle dieses in den Versammlungen zur Sprache bringen, und dahin aufzulässt, daß auch in dieser Hinsicht eine Reform eintrete. Kollege Lange erwähnte dann die Unwesenden, nach dieser Richtung ebenfalls sich der Verantwortung bewußt zu sein, da das erstens Pflicht sei, und zweitens bei der Verhandlung im Jahre 1910, wo wir wieder eine Lohnsteigerung streben, eine große Rolle spielen wird.

In der Diskussion stimmten die Kollegen den Ausführungen zu. Es wurde besonders hervorgehoben, daß der Tarif strikt durchgeführt werden müsse, da sonst die laut Tarif im Frühjahr vorgehobene Lohnsteigerung Schwierigkeiten bereiten würde. Es wurde dann noch daran erinnert, daß der Kollege Fuchs als Mitglied des Gemeinderates gewählt sei. Kollege Lange erwähnte dann die Kollegen, dem Kollegen Fuchs zur Seite zu stehen und mit ihm die örtlichen Wünsche zu beraten, welche außerhalb der Gewerkschaft geschehen könne. Herauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bochum. Am 18. Nov. stand hier selbst die diesjährige Bezirkskonferenz für den Interessenbezirk Bochum statt. Anwesend waren ca. 100 Delegierte. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Koch ist zu entnehmen, daß auch wir in diesem Jahre einen Mitgliederverlust infolge der wirtschaftlichen Krise zu verzeichnen haben. Kollege Schmidt vom Zentralvorstand hieß einen Vortrag über den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation und erwähnte am Schlusse seiner interessanten Ausführungen die Kollegen, den Mitgliederverlust durch tatkräftige Mitarbeit wieder wett zu machen. Folgende Resolution handelte einstimmig Annahme:

Die am 18. November 1908 in Bochum tagende Bezirkskonferenz, auf welcher 100 Delegierte vertreten sind, stellt als Mittel zur Förderung des Verbandes folgende Richtlinien fest:

1. In den einzelnen Zahlstellen ist mehr wie bisher der Kleinigkeit, insbesondere der Hausagitation, der Herausbildung von Vertrauensleuten (Hauskassierer und Baudelegierten) Aufmerksamkeit zu schenken, im besonderen ist darauf zu achten, daß mehr Mitglieder wie bisher sich an den sozialen Unterrichtskursen der Gewerkschaftsstelle oder der konfessionellen Arbeitervereine beteiligen, um auf diese Weise Mitglieder heranzubilden, welche die verschiedenen sozialpolitischen Gebiete beherrschen.

2. Ist innerhalb der Zahl- und Verwaltungsstellen der Pflege der Statistik mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Von sämtlichen aufgenommenen Statistiken haben die Zahlstellen eine übersichtliche Zusammenstellung sowohl an die Bezirksleitung wie auch an den Zentralvorstand einzufinden.

3. Verpflichtet die Konferenz alle Zahlstellen, die durch Tarifabschlüsse geschaffenen Schlichtungskommissionen in ihrer Rechtsprechung genau zu überwachen. Um Material über die Tätigkeit resp. Geschäftsführung dieser Kommissionen zu sammeln, ist der Bezirksleitung über die einzelnen Sitzungen Bericht zu erstatten. Berufungen an das Einigungsamt sollen zunächst zu Einverständnis mit der Bezirksleitung erfolgen.

4. Hält es die Konferenz für selbstverständlich, daß das bisherige gute Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen weiter gefördert wird. Den Mitgliedern soll der Eintritt in die konfessionellen Arbeitervereine auf das dringendste anerkannt werden.

Brilon. Am 8. November stand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Haag, hieß die Erstkommandierten herzlich willkommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Werner-Paderborn über die wirtschaftliche Krise und die gewerkschaftlichen Aufgaben während derselben. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz nach Lippestadt. 4. Beschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Werner in seinem Vortrag ein recht anschauliches und klares Bild über Entstehung der gegenwärtigen Krise. In wohl durchdachten Wörtern erklärte er die Aufgaben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter während der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Mit Aufmerksamkeit hörten die Kollegen zu. Am Schlusse seiner Ansprache gab Kollege Werner seiner Freunde Ausdruck über den guten Besinnungsbefund. Keiner Beitrag lohnte den Redner. Die folgende Diskussion war sehr gut. An derselben beteiligten sich auch einige Kollegen der Zimmerer, welche zu dieser Versammlung eingeladen waren. Nachdem genügend diskutiert war, erklärten die Zimmerer den Beitritt zur Organisation. Dieselben verprachen, unter ihrem Vertragskollegen kräftig zu agitieren, damit sie alle dem christlichen Verband zugeschafft werden. Zu Punkt 3, Delegiertenwahl, wurden mehrere Kollegen vorgeschlagen, so daß eine Wahl durch Stimmzettel notwendig wurde. Mit Stimmennäherheit wurde Kollege Franz Henke gewählt. Gestimmt wurden die Abstimmungen an Fahrt und Spesen von der Versammlung festgesetzt. Im Beschiedenen gab der Vorsitzende fund, daß die vom Hauptvorstand ausgeschriebene Hausagitation von Erfolg gewesen ist. Es wurden jedoch Kollegen neu gewonnen. Nunmehr sind die Maurer vollständig organisiert. Gewiß ein guter Fortschritt, aber nun müssen die Zimmerer noch alle gewonnen werden. Darum muß jetzt kräftig weitergearbeitet werden. Die Tagesordnung war erledigt. Kollege Werner hieß noch eine kurze, begeisterte Ansprache an die Kollegen und erwähnte alle zur freizügigen Mitarbeit an der guten Sache. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die gut verlaufene Versammlung.

Grafschaft Gladbach. Seit einiger Zeit haben die christlichen Gewerkschaften in der Grafschaft eine rührige Agitation entfaltet, und so war es uns möglich, in Gladbach, Reinhardswald, Hambachwald und Altenhöhe Ortsgruppen unserer Organisation zu gründen, die bis jetzt die Mitgliederzahl von 100 wohl überschritten haben werden. Die Zahl könnte eine noch größere sein, jedoch sind wir, da verschiedene Umstände mitwirken, zurückgeblieben. Gestern gibt es eine große Zahl, die da denten, wenn sie sich ansprechen, würden sie vom Arbeitgeber entlassen, und zweitens findet man auch noch sehr viele Eltern, die ihre Söhne zurückhalten. So wurde uns bei einer Hausagitation in Königshain bei Gladbach von dem Vater eines jungen Mannes, den wir gewinnen wollten, erklärt, mein Sohn soll nicht betreten, denn der soll doch froh sein, wenn er nur Arbeit bekommt, und der Lohn von 32 Pf. ist genug, der kann zu Hause noch was arbeiten helfen und dann geht's schon. In einem andern Orte sagte der Vater: „Ja, hören Sie einmal, die Organisation ist ja ganz gut, aber wenn Sie einmal streiken, das geht doch nicht, ich weiß nicht, ob ich das Mehr-Geld annehmen sollte, das ist doch eigentlich erpreistes Geld.“ So und Aehnliches hört man hier täglich. Wenn man aber betont, daß seitens der Fachabteilungen hier täglich Flugschriften herausgegeben werden, in denen nur gegen die christlichen Gewerkschaften geschimpft und gehetzt wird, so ist dies zu verstehen. Dieser Tage wurde erst wieder ein solches (Flugschiff) verteilt, welches ebensoviel Sache als Werbung enthält und es enthält. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen zitiert, die zu unserem Ungenügen verlaufen sind, und dann die „Erfolge“ der Fachabteilungen. Darunter finden wir auch zwei Seiten gegen uns, die auf zwei Seiten gegen uns enthalten. Erst wird auf zwei Seiten gegen uns gekämpft, dann werden alle Bewegungen

